



Foto: Christian Holl

GEFÄLLT MIR

Das freiheitliche Selbstverständnis von Stadt

Soziale Medien funktionieren nach einfachen dualen Bewertungsschemata. Digitale Kommunikation im Rahmen von Stadtplanung und Stadtentwicklung ernst zu nehmen heißt aber genau nicht, diese Logik aufzugreifen, sondern Alternativen zu ihr zu entwickeln und zu stärken. Verlässt man sich auf die Entweder-Oder-Schemata, riskiert man aufzugeben, was unsere Stadtgesellschaften stark macht.

Christian Holl

studierte Kunst, Germanistik und Architektur. Er war Redakteur der db deutsche bauzeitung und ist als freier Autor Mitherausgeber des Online-Magazins Marlowes für Architektur und Stadt. Holl war von 2005 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Seit 2007 ist er Kurator und Mitglied im Ausstellungsausschuss der architektur-galerie am weißenhof, seit 2010 Geschäftsführer des BDA Hessen. christian.holl@frei04-publizistik.de

In einem Interview mit Martin Schulz beklagt der Philosoph Richard David Precht, dass sich die Erwartungen an Politik geändert hätten (ZDF 03.08.2016). Menschen erwarteten von der Politik, dass sie Probleme löse – zum Beispiel das Problem, dass Google keine Steuern zahle. „Das finde ich eine erschreckende Verengung von Politik.“ Man habe es mit Prozessen zu tun, die keine Probleme seien – weder wenn es um Flüchtlinge, noch wenn es um Terror gehe. Politik sei kein Problemlöser – bei Politik gehe es darum, gesellschaftliche Prozesse langfristig zu gestalten.

Zu einer ähnlichen Diagnose kommt der Schweizer Kultur- und Medienwissenschaftler Felix Stalder. Er folgt Colin Crouch, der das aktuelle westliche politische System als „postdemokratisch“ bezeichnet hatte: „Im Vordergrund steht Crouch zufolge inzwischen weniger die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen (Input-Legitimation) als vielmehr die Qualität der für die Bürger produzierten Leistungen (Output-Legitimation). Aus Demokratie (...) wird Gouvernance“ (Stalder 2017: 208). Als postdemo-

kratisch fasst Stalder „all jene Entwicklungen (...), die zwar die Beteiligungsmöglichkeiten bewahren oder neue schaffen, zugleich aber Entscheidungskapazitäten auf Ebenen stärken, auf denen Mitbestimmung ausgeschlossen ist“ (ebd.: 209).

An der Praxis im Umgang mit den sozialen Medien lässt sich das durchaus nachvollziehen – mehr noch: die beschriebenen Entwicklungen sind mit ihnen verknüpft. Auf der einen Seite finden wir die Möglichkeit, über soziale Medien Diskussionen anzustoßen, Petitionen zu initiieren, Gleichgesinnte zu mobilisieren. Eine schnelle Kommunikation verschafft zudem jene Flexibilität, die alte Herrschaftstechniken unter Umständen alt aussehen lässt. Im Internet können Menschen mit einer Fülle von Material Kompetenz erwerben, viele machen von diesem Angebot ausgiebig Gebrauch und lassen sich auch nicht von langen Texten und komplexen Sachverhalten abschrecken.

Die Welt erscheint im Web nicht allen gleich

Durch das Web 2.0 sind die Möglichkeiten, mit der Macht über die Bilder auch Macht zu legitimieren, brüchig geworden. Anhand des Protestes gegen den G20-Gipfel ist dies zuletzt offensichtlich geworden: Leicht waren die Worte des Regierenden Bürgermeisters Olaf Scholz zu widerlegen, es habe keine Polizeigewalt gegeben (Liveleak 22.07.2017). Für die, die mit dem (friedlichen) Protest sympathisierten, sind so beispielsweise die Worte von Christian Ströbele, das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstration sei unverhältnismäßig gewesen, nur umso glaubhafter (Die Zeit 10.07.2017). Andere werden sich dennoch und angesichts anderer Bilder wiederum in ihrer Meinung bestätigt sehen, dass der Protest seinerseits unverhältnismäßig gewesen sei. Das gehört zur anderen Seite der sozialen Medien: Dass sich in ihnen keine Welt mehr allen gleich präsentiert, sondern dass für jeden eine eigene produziert wird. Auf Basis algorithmischer Operationen werden dem User die Ergebnisse angezeigt, die seinen Neigungen und Haltungen entsprechen, die durch sein Nutzerverhalten erkannt werden konnten. Buchempfehlungen, Anzeigenhinweise, Suchergebnisse, die Zusammenstellung der Timeline: Ziel der großen

Anbieter von sozialen Medien ist es, den User angesichts der unbeherrschbaren Menge an Information und Angeboten so zu bedienen, dass er nicht durch das Gefühl von Überforderung verunsichert wird. Die Art und Weise, wie die Operationen vollzogen werden, sind dem Nutzer weder zugänglich, noch kann er sie beeinflussen. In dieser Asymmetrie bildet sich das ab, was Stalder postdemokratisch nannte: Entscheidungen werden getroffen, ohne dass der davon Betroffene ein Mitspracherecht hätte, obwohl er das Gefühl haben mag, dass er selbst entscheiden könne, was mit seinen Verhaltensdaten geschieht.

Dieses Wissen ist inzwischen kaum noch ein Geheimnis oder eine großartige neue Erkenntnis, mit der sich Aufsehen erregen ließe. Ein Skandalon bleibt es gleichwohl doch, gerade weil das Wissen darüber verbreitet ist und die Vorstellung des gläsernen Menschen durch die Vorteile, die das Internet offensichtlich dennoch bietet, ein zu akzeptierender Schrecken zu bleiben scheint, wenn man ihm nicht überhaupt mit Gleichgültigkeit begegnet.

Ungeeignete Logik für die Kommunikation über Stadt

Die Euphorie ist jedenfalls verfliegen, die sich von einer durch das Netz gestützten Transparenz und Partizipationskultur Impulse gegen Politikverdrossenheit sowie eine Belebung von verknöcherten Beteiligungspraktiken erhofft hatte. Dass sich die alte Symmetrie von Sender und Empfänger, wie es sich Bertold Brecht (Brecht 1999: 258 ff.) oder Hans Magnus Enzensberger (Enzensberger 1999: 264 ff.) erträumt haben mögen, auflöst, davon kann keine Rede mehr sein. Vielmehr scheint der Eindruck, selbst agieren zu können, die Tatsache zu verschleiern, wie sehr gesteuert wird. Was dem Nutzer auf der Oberfläche der Anwendungen präsentiert wird und wie sehr das Nutzerverhalten dazu dient, ein kapitalisierbares Wissen beispielsweise über Marktchancen von Produkten zu generieren, ist nicht transparent. Das Reden vom Überwachungskapitalismus scheint nicht mehr absurd zu sein (Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.03.2016).

So ist der Glaube erschüttert, dass die neuen Medien Antworten dafür bieten, wie sinnvolle Beteiligung praktiziert und Bürgerbeteiligung in der Planung verbessert und gefördert werden kann. Zwar sammelt beispielsweise in Stuttgart ein Bürgerhaushalt alle zwei Jahre zum Doppelhaushalt Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger, die dann im Internet als Projekte zugänglich gemacht werden, die der



Foto: Christian Holl

Gemeinderat im Haushalt berücksichtigen sollte. Eine Online-Abstimmung und -Bewertung ermittelt die Vorschläge, die in den Fachämtern geprüft und dann dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Entscheidung aber bleibt letztlich beim Gemeinderat – man muss inzwischen eben sagen glücklicherweise, denn es werden ja erst einmal nur die Projekte ausgewählt, für die sich die meisten Unterstützer gewinnen lassen. Keiner der Nutzer wird sich dazu verpflichten wollen, sich unvoreingenommen die Mühe zu machen, all die eingereichten Vorschläge tatsächlich zu prüfen und gewissenhaft gegeneinander abzuwägen.

Die Logik der sozialen Medien und die ihnen zugrunde liegenden Mechanismen wirken in solchen Punkten einer offenen Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Mandatsträgern geradezu entgegen. Zwei Aspekte scheinen mir hier der Erwähnung wert. Zum einen, dass in der Kommunikation der sozialen Medien ein gemeinsames Gespräch, wenn man das so nennen darf, nicht auf einer zunächst noch unbestimmten Annäherung verschiedener Positionen, einer Problembeschreibung oder einer widersprüchlichen Ausgangslage basiert, die es ermöglicht, einen gemeinsamen Weg zu finden, ohne dass sich der Einzelne sofort auf eine Haltung festlegen müsste. Die Kommunikation geht vielmehr von einer Ausgangsbehauptung oder einer Positionierung aus, über deren Relevanz die Bewertung der anderen entscheidet. Je mehr Menschen einen Post positiv bewerten oder teilen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ihn andere sehen. Auch das Protestieren ist einfach geworden – man muss nur online einen vorformulierten Aufruf unterschreiben. Das verführt zu dem Glauben, dass über die große Zahl der Mobilisierten auch eine konsensfähige Entscheidung herbeigeführt werden könne. Diese Logik bestärkt zudem die Neigung, bei demokratischen Prozessen gehe es in erster Linie um eine Bestätigung durch Abstimmung. Aber wenn man erst einmal soweit ist, dass zwischen Ja und Nein abgestimmt wird, ist die Komplexität bereits im Vorfeld auf eine Weise reduziert, die unter anderem auch dem Wesen architektonischer und planerischer Fragen nur bedingt gerecht wird. Wer Likes und Dislikes vergibt, erkennt das System an, das auf der Attraktivität der Abstimmung per Click aufbaut. Es verengt den Raum, in dem nach dem gefragt werden kann, was bislang noch nicht gedacht worden ist. Es wertet nach Bestätigungen. Und auf Bestätigungen zu zielen heißt, auf der Basis des Bekannten und Erwarteten auf Zuspruch zu spekulieren. Bestätigt wird das Verständnis von Politik, es solle über die Qualität der für die Bürger produzierten Leistungen abgestimmt werden.

Leitbilder als Legitimationsstrategie

In den meisten Städten ist dieses Problem wohl erkannt. In den letzten Jahren hat sich eine erstaunliche Kultur der gesamtstädtischen Leitbildentwicklung ausgeprägt, in denen aufwändige Beteiligungsformen einen festen Platz einnehmen. Das Ziel ist in der Regel, eine langfristige Entscheidungsgrundlage zu finden und sie sowohl gegen (unerwartete) Gegenreaktionen aus der Bevölkerung zu sichern, als auch, einen klaren und breit verankerten politischen Willen zu artikulieren.

Ein Projekt scheint diese Entwicklung maßgeblich mit befördert zu haben, gerade weil die Auseinandersetzung über es zu einer alternativlosen Entweder-Oder-Entscheidung stilisiert worden ist: Stuttgart 21. Es war letztlich auch diese von Anfang an von den Befürwortern verfolgte rhetorische Strategie des „Alles oder Nichts“, die half, den Protest zu mobilisieren, denn damit war auch das Feindbild klar artikuliert – auf seinem Höhepunkt 2010 trieb er über mehrere Wochen hinweg regelmäßig Zehntausende auf die Straßen. Er ebnete nach einem harten Einsatz der Polizei mit über hundert verletzten Demonstranten trotz anschließender Schlichtung den Weg für den ersten grünen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und etwas später für den ersten grünen Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt. Solch ein Protest, eine solch unversöhnliche Spaltung der Stadtgesellschaft wie im Falle von Stuttgart, darin war man sich republikweit einig, dürfe sich nicht wiederholen.

Also alles im Lot?

Das ist im Moment kaum zu bewerten. Denn die Bewährungsprobe für die Stadtgesellschaften steht noch bevor, da in den Beteiligungsprozessen stets nur ein Ausschnitt der Gesellschaft aktiviert werden kann. Die Kommunikation auf der abstrakten großmaßstäblichen Ebene kann nicht die auf der kleinmaßstäblichen Ebene ersetzen, wenn es um das konkrete Projekt geht. Ganz zu schweigen davon, dass sich die Möglichkeit der Menschen, sich ihr Umfeld anzueignen und Anregungen zu geben, auf den dauernden und laufenden Betrieb erstrecken muss.

Stuttgart 21 war der Höhepunkt einer immensen und nicht zu unterschätzenden Legitimations- und Vertrauenskrise. Diese Krise hat Leitbildprozesse forciert, die die oftmals verunsicherten Verantwortungsträger in ihrem Tun legitimieren konnten. Erst als langfristig verlässliche, durch Beteiligung legitimierte Leitbilder geben sie die Sicherheit für Politik und Verwaltung, ohne die Stadtentwicklung nicht mehr betrieben werden kann.

Die mitunter schmerzlichen Erfahrungen haben die Erkenntnis befördert, dass Leitbilder nur dann langfristig tragfähig sind, wenn die Politik diesen entspricht und wenn sie von einer intelligenten Verwaltungsarbeit begleitet werden. Dazu gehört vor allem, dass Bürger nicht nur befragt werden, sondern auch die Erfahrung machen, gehört zu werden. So verfolgt München beispielsweise mehrere Rahmenwerke gleichzeitig: eines für die langfristige Siedlungsentwicklung, eines für den Wohnungsbau, wo man bundesweit vorbildlich städtische Förderung damit verknüpft, Investoren in die Pflicht zu nehmen. Ein übergreifendes Konzept ist auch erarbeitet worden. Mit seinen 16 Leitlinien (zwei weitere sind in Arbeit), zehn wichtigen Handlungsräumen und 60 konkreten Leitprojekten mag es sich zwar vor Ort als gut anwendbar erweisen, als griffiges Leitbild lässt es sich aber nur noch schwer vermitteln.



Foto: Christian Holl

Jenseits der Beteiligungsroutine

Wichtig ist in diesem Zusammenhang zudem, dass sich in den Städten Prozesse vollziehen, die von Beteiligungsveranstaltungen in Leitbildprozessen unberührt bleiben. Denn die Kultur der Digitalität (vgl. Stalder 2017) hat weitreichende Konsequenzen, auf die sich die Städte einstellen müssen. Zum ersten greift die Digitalisierung innerhalb des Wirtschaftslebens massiv in die Lebenswirklichkeit der Menschen ein, verlangt von ihnen Flexibilität und lebenslange Lernbereitschaft und metet ihnen teilweise auch das Schicksal sozialer Marginalisierung und schlechter Bezahlung zu. Zum zweiten ändern sich die Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung der Persönlichkeit vollzieht. Durch die Digitalität werden andere als tradierte Formen der Selbstkonstitution ebenso möglich wie nötig: Kreativität ist nicht nur Chance, sondern mitunter auch überfordernder Imperativ (vgl. Reckwitz 2012).

Hybride kulturelle Formen und neue kollektive Identitäten konstruieren über die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation neue Netze und komplexe Rückkopplungsprozesse, die mit wirtschaftlichen Entwicklungen verknüpft sind. Es etablieren sich dadurch drittens neue Formen der Zusammenarbeit und des Austausches, die Gesa Ziemer als „Komplizenschaft“ bezeichnet hat: Zweckbündnisse, zeitlich begrenzt, sozial heterogen besetzt, in denen die Grenzen zwischen privat und öffentlich verschwimmen, flach hierarchisch organisiert, die für ein konkretes Ziel geschmiedet werden – sei es um ein Haus zu bauen, Ateliers zu sichern,

einen Film zu drehen oder einen Ort für eine Freizeitaktivität zu aktivieren (vgl. Ziemer 2013).

Dieser volatilen und flexiblen Form der Zusammenarbeit entspricht die Projektorientierung. Ziel ist nicht in dem Maße wie in der Vergangenheit die Bildung einer auf Dauer stabilen Gemeinschaft, in der sich alle oder zumindest die meisten Aktivitäten vollziehen. Genossenschaften, nutzerentwickelte Räume, kulturelle Projekte, Urban Gardening oder soziale Projekte bis hin zur Nachbarschaftshilfe können darunter gefasst werden und sind signifikant für diese neuen Formen der Zusammenarbeit, der Komplizenschaft. Beispiele dafür sind „Raumunternehmer“, die als Nutzer Räume selbst entwickeln (vgl. Buttenberg/Overmeyer/Spars 2014) etwa als Initiativen, die gemeinwohlorientierte Immobilien initiieren und betreiben (vgl. Montag Stiftung Urbane Räume 2014–2017).

Diesen Projekten gemeinsam ist nicht nur die Form der Organisation, sondern auch, dass sie die gängige Marktlogik der Renditeorientierung und der Trennung von Anbieter und Nutzer aufheben. Das Teilen gemeinsamer Ressourcen ist dabei wesentliches Element. In diesen Projekten entsprechen sie dem, was Felix Stalder unter dem Begriff Commons als mögliche Alternative und ein Korrektiv der erwähnten postdemokratischen Entwicklungen sieht (Stalder 2017: 245 ff.).



Foto: Christian Holl

Kunstverein Wagenhalle als Raumunternehmer

Städte als Raummanager

Hier sind die Städte mehr gefordert, als dies in ihren traditionellen Planungspraktiken vorgesehen ist. Neben ihrer Aufgabe, sozialen Spannungen (etwa hervorgerufen durch die Schieflagen des Wohnungsbaus) mildern zu müssen, ohne umfänglich deren Ursachen ändern zu können, sind sie als Institution gefragt, die den Wunsch und den Bedarf nach Projekten der Komplizenschaft aufgreift – etwa als der öffentliche Akteur, der ein aktives und die Besonderheiten des Orts einbeziehendes Raummanagement betreibt, als Akteur, der der spekulationsgetriebenen Bodennutzung durch eine sozialorientierte entgegenwirkt, als Berater und Unterstützer von Projekten, etwa auch solchen, die über Crowdfunding finanziert werden. Diese Möglichkeiten sind bislang noch kaum erkannt.

Im englischsprachigen Raum wird Crowdfunding bereits für Projekte aus dem Bereich der Architektur und des Städtebaus eingesetzt. Beispiele hierfür sind die Filteranlagen und Wassertests für ein Flussbad in New York, in Liverpool wurde über die Plattform spacehive.com Geld für den Umbau einer Hochstraße in einem Park gesammelt. Sie sind also durchaus auch im Sinne der Stadtentwicklung zu bewerten und strategisch einzubeziehen. Digitale Kommunikation ist in all dem so selbstverständlich eingebunden, dass es vor allem darum geht, sie gezielt zu nutzen. Um die Frage, ob sie eine Rolle spielt, geht es schon lange nicht mehr. Es geht vielmehr um die Frage, wie sie so genutzt wird, dass sie nicht das freiheitliche Selbstverständnis untergräbt, auf das unsere Stadtgesellschaften aufbauen. Gerade dafür müssen sie aktiv untersucht und anders als der Logik von Facebook und Co. genutzt werden.



Foto: Christian Holl

Mit Crowdfunding-Mitteln wurde dieses Café gerettet

Literatur

Brecht, Bertold, 1999: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: Pias, Claus; Vogl, Joseph; Engell, Lorenz; Fahle, Oliver; Neitzle, Britta (Hrsg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart, S. 259–263.

Buttenberg, Lisa; Overmeyer, Klaus; Spars, Guido (Hrsg.), 2014: Raumunternehmen. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. Berlin.

Die Zeit, 2017: Hans-Christian Ströbele: „Das ist in Berlin längst Geschichte“. Artikel vom 10.07.2017. Zugriff: zeit.de, Politik, Deutschland.

Liveleak, 2017: G20 Hamburg Germany Police Violence 2017. Zugriff: liveleak.com, G20, Hamburg, Germany.

Enzensberger, Hans Magnus, 1999: Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Pias, Claus; Vogl, Joseph; Engell, Lorenz; Fahle, Oliver; Neitzle, Britta (Hrsg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart: 264–278.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2016: Zuboff, Shoshana: Wie wir Skaven von Google wurden. Artikel vom 05.03.2016. Zugriff: faz.net, Feuilleton, Debatten, Die Digital-Debatte, Shoshana Zuboff: Googles Überwachungskapitalismus.

Montag Stiftung Urbane Räume, 2014–2017: Neue Nachbarschaft. Zugriff: neue-nachbarschaft.de.

Reckwitz, Andreas, 2012: Die Erfindung der Kreativität. Berlin.

Stalder, Felix, 2017: Kultur der Digitalität. 2. Auflage. Berlin.

ZDF, 2016: Achtung Europa! Warum immer mehr Menschen der Politik misstrauen. Beitrag vom 03.08.2016. Zugriff: zdf.de, Gesellschaft, Precht.

Ziemer, Gesa, 2013: Komplizenschaft. Neue Perspektiven auf Kollektivität. Bielefeld.